

Halle und Umgebung.

date 27. Januar.

Aus dem Stadtparlament.

Das war ein grimmes Streiten! Der neue Führer der Sozialdemokratie, Herr Str. Hennig, rückte getrennt vom Generatium gegen die städtische Verwaltung vor. Er hatte sich ein ganzes Arsenal von Gefühls- und geistigen Mitteln mit allen Kanonen zu schaffen. Aber Herr Hennig selbst wird am Schluß des Abends nicht die Ueberzeugung gehabt haben, daß der Sieg auf seiner Seite war. Die Munition war unnütz verfeuert.

In einer Generaldebatte gebachte er die städtische Verwaltung von der sozialen Seite her anzugreifen. Aber das kam er gerade unserem streitbaren Oberbürgermeister recht. Wie immer ein Meister der Polemik, so streifte er auch gestern seinen neuen Gegner wiederholt glatt in den Sand. Der Herr Oberbürgermeister konnte nachweisen, daß Halle auf sozialem Gebiet kein irgend bedeutungsvolles Problem des modernen Lebens unangeführt gelassen, daß es mehrfach mit neuen Ideen den anderen preußischen Kommunen die Fühne vorangetragen hat. Allerdings; die anderen Städte sind auch noch da; nicht das Wohlgehen des Arbeiters allein darf unserer Stadt die Ehre diffundieren, sondern die Interessen der Arbeiter und der übrigen Stände müssen nach Rücksichten der Billigkeit und Gerechtigkeit gegeneinander abgemessen und ausgeglichen werden. Dabei erfolgte die danteskwürdige Ankündigung, daß der neue Monat uns eine Vorlage zur Änderung der Wohnungsnot bringen wird. „Was die Sozialdemokraten an sozialen Gedanken heute vorbringen, haben wir uns an den Schulhöfen abgelaufen“ — mit diesen Worten referenzierte der Oberbürgermeister unter dem Beifall der Versammlung seine Entgegnung.

Interessant war bei dieser Diskussion eine Auslassung des Herrn Oberbürgermeisters über seine politische Stellung. Er fühlt sich seiner Partei verpflichtet, hat auch niemals engere Beziehungen zu politischen Persönlichkeiten gehabt; auch in seiner Breslauer Zeit nicht. Und wenn gefragt werde, er sei hinter dem Sarge Eugen Richters hergeschritten und habe am Grabe einen Kranz niedergelegt, so sei das gänzlich unzutreffend, wiewohl er einen solchen Auftrag für eine Ehre gehalten hätte. Damit schloß unser Oberbürgermeister künftig aus der Debatte, wenn es sich darum handelt, aus dem Verhalten im Herrenhaus für oder gegen die liberale Partei eine Kritik herzuheulen.

Leicht wurde es dem Herrn Oberbürgermeister beim Polizeitrat, das Stadtordnungsdekret auf seine Seite zu bringen. Er konnte gegenüber der sozialdemokratischen Angriffe den Geist, der seine Amtsführung als Polizeichef beherrscht, wirksam durch die eine Tatsache illustrieren, daß seit seinem Amtsantritt die Strafmandate von 12 300 im Jahre 1906 auf weit unter 6000 in diesem Jahre zurückgegangen seien. Dennoch halten wir die Maßregel, den Maimungszug zu verbieten, nicht für richtig; man schämt dadurch nur Schärfe und Verbitterung, und andererseits besteht unserer Ueberzeugung nach kein Risiko, wenn man den Reuten ihren Umzug ausführen läßt.

In der Frage der Anstellung einer Polizeiaufsehtentin trat die große Mehrheit der Versammlung, auch die Sozialdemokraten, auf Seite des Magistrats. Die zuvor abgeleitete Stelle wurde bewilligt, nur erhält die Beamtin, die je keine politische Funktionen hat, den freundlicheren Titel: Gemeindeführerin. Unseres Erachtens wäre „Stadtinspektorin“ noch richtiger, zum Unterschied von den Pflegerinnen der kirchlichen Gemeinden.

Zum Schluß wurde wieder einmal die Gehaltsfrage aufgetaucht aus Anlaß des Magistratsantrags, die Direktoren unserer Institute aufzubessern. Hier hatte der Herr Oberbürgermeister nicht den Beifall des Kollegiums. Die Mehrheit der Versammlung stand auf dem Standpunkt: Wenn der Magistrat den Wollente, die anerkanntermaßen von aller Beamtenkategorie durch eine unglückliche Verletzung von Umständen am tiefmütterlichsten behandelt sind, grundsätzlich die ihnen zukommende Aufbesserung verweigert, dann darf er nicht das Prinzip zugunsten anderer höherer Bejoheter durchbrechen. Und das ist durchschlagsend!

Nachstehend ausführlicheres aus der Debatte:

Herr Str. Hennig: In großen Gemeinden gibt der Magistrat vor der Eratberatung eine Ueberprüfung über die Gesamtanlage; das Kollegium stellt in einer Generaldiskussion Richtlinien für das neue Jahr auf und dann erst wird der Bericht der Etatkommission überwiegen. In solcher Generaldiskussion könnte auch einmal darüber gesprochen werden, was Halle für finanzielle Schmerzen habe, und die Landtagsabgeordneten würden erfahren, in welcher Weise sie zum Segen ihrer Kommune ihre Tätigkeit im Landtag einbringen könnten. Es gehört sich, daß wir schon in der ersten Sitzung des neuen Kalenderjahres erfahren, wie die Finanzen des laufenden Rechnungsjahres sich gestaltet haben, namentlich auch die Ergebnisse der erwerbenden Werte. Ge-

rade in diesem Jahre wird eine derartige Ueberprüfung doppelt vermehrt, so viel gefehlt wird von den Wirkungen des Generalparlons. Das Finanzposten des Herrn v. Holly und die Einführungsrede des Herrn Oberbürgermeisters können nicht als Ersatz gelten für die fehlende Ueberprüfung. Es liegt im Zuge unserer Zeit, die Interessentengemeinde in eine soziale Gemeinde umzuwandeln. Herr Dr. Rive sagt: Wir können nicht den Fleißerstaat von neuem aufnehmen, denn wir dürfen, außer bei ganz zwingenden Gründen, nicht in das private Erwerbsleben eingreifen. Und doch hat die Stadt eine städtische Buchbinderei eingerichtet, Seifensiederei, Karzoffel- und Rohhanbel. Weiter läßt sich der Magistrat durch die Rücksicht auf die Interessengruppen in seiner Politik bestimmen; in der Frage der Wohnungsnot hat er das Gleichgewicht der Hausbesitzer an den Füßen. Andere Städte sind in der Lebensmittelversorgung viel weiter vorgeeifert. Mannheim drühte durch seine Milchstände die Milchpreise um 2 Pfg., Leipzig stellte in seiner Brotfabrik 348 000 Kilogramm Brot her. Der Magistrat sollte sich nicht auf die Seite der Hausbesitzer, sondern an die Spitze der Arbeiterinteressen stellen. Leider ist die Gemeinde, trotz des schönen Gedankens der Selbstverwaltung, nur ein Staatsorgan. Vom sozialen Ausmaß ermarcte ich nicht. Er wird schlafen und nicht die Verwaltung daraufhin prüfen, was für sozialer Gehalt in ihr liegt. Die Arbeitslosenversicherung fehlt bei uns noch immer. 100 000 Mt. haben die Gewerkschaften aus eigenen Mitteln im letzten Jahre in Halle dafür aufgebracht. Interessant ist, daß Bürgermeister von Holly im Staatsausfluß in bezug auf die Grundbesitzer sagte: Von 108 unterliegenden Großstädten hat Halle den 93. Rang. Gäßen wir die Stadtbahn rechtzeitig gekauft, im Jahre 1902, dann wäre unterm Stadtdach nach amtlicher Feststellung bereits eine harte Million zugeflossen. Die Mitteilung der „Saale-Zeitung“, daß Millionen bisher nicht deklarierter Vermögen durch den Generalparlons zum Vorchein gekommen sei, wirkt auf die Kreise der Hausbesitzer ein schlechtes Licht. Daß Halle mit der Erhebung der Einkommensteuer bis auf 660 Mt. herabgeht, ist einer reichen Kommune nicht würdig. Der preußische Staat ist darin noch nobler, er läßt die Einkommen bis 900 Mark frei. Lorbeer und Orden sind allerdings nicht zu haben, wenn man die Arbeiterinteressen berücksichtigt. Bei der freien allgemeinen Wahl wählt Halle in der Mehrheit sozialdemokratisch, dann folgt der Saß nach der Freisinn, die Konfessionslose sind nur ein Säuflein. Dennoch stimmt Halle's Oberbürgermeister im Herrenhaus mit den Linken und nicht mit den Oberbürgermeistern, das ist ein Schlag gegen die Bevölkerung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Rive: Die Ausführungen des Vorredners haben uns ein Bild gegeben, wie die Generaldiskussion zum Etat ausfallen wird. Vom Etat wird dabei mit keinem Wort die Rede sein. Die Herren Sozialdemokraten werden nur von Politik, und zwar von ihrer Arbeiterpolitik reden. Mit dem Oberbürgermeister hat er sich näher befaßt. Aber die Verwaltung führt der Magistrat, nicht der Oberbürgermeister. Was der Herr Vorredner an sachlichen Momenten der Sozialpolitik vorgebracht hat, haben wir uns an den Schulhöfen abgelaufen. Er ist ein Keuling im kommunalen Leben. Der Vorredner hat ja nicht die geringste Vorstellung, wie wir in sozialen Fragen gearbeitet haben. Er fragt, ob ich mich an die Spitze, wie er es nennt, der Sozialisierung der Kommune stellen will. Ich kann ihm versichern, Magistrat und Stadtordnungsversammlung wissen sich darin eins, daß sie für die gefamte Kommune zu sorgen haben.

für alle Berufe.

für alle Schichten, mit derselben Gerechtigkeit wie für den Arbeiter, den sie nicht zurücksehen, aber auch nicht vorziehen. Sie, meine Herren Sozialdemokraten, wollen die anderen Berufe ignorieren, zerstören; wir wollen alle erwerbenden Stände erhalten, auch den Arbeiter. Als die Not dringender war, richtete Halle als erste aller preußischen Städte einen städtischen Fleißerlauf ein, erst nach uns griffen andere den sozialen Gedanken auf, z. B. Berlin, und folgten unserem Beispiel. Halle hat damit viel

sozialen Mut

bekundet. Es mußte damals einmal eingegriffen werden, aber wir hoffen, daß die Schläge, die das Fleißergewerbe erhalten hat, inzwischen überwunden sind. Wir halten uns jedoch nicht für berechtigt, weiter einen Stand zu schlagen, was nicht mehr jene dringende Notlage befehlt. Ich muß einmal, um Herrn Hennig zu erwidern, etwas unterschieden von meiner Person reden: Ich bin es gewesen, der die Bahn brach, und innerhalb der städtischen Behörden fand man der Sache sehr zögernd gegenüber. Jene Maßnahme von damals kann uns aber nicht veranlassen, die Kommune zu sozialdemokratisieren. Und nun die Wohnungsnot. Herr Hennig als Keuling hätte neue Gesichtspunkte bringen müssen, er tat es nicht. Von mir aber darf ich sagen, daß ich nach zweijährigen Kämpfen die Wohnungsinspektion durchsetzte, daß Halle als die erste unter den preußischen Städten die weibliche Wohnungsinspektion einführte, da dies Gebiet am besten die Frau beandert. Selbstverständlich mußte die Wohnungsinspektion zur Bekämpfung der Wohnungsnot erst das Material jammeln. Sie mußte erst Tausende von Wohnungen beschützen. 6000 Wohnungen hat sie beschützt, und nun kommt

nächsten Monat eine Vorlage zur Bekämpfung der Wohnungsnot.

Uns hat das soziale Verständnis nie gefehlt. Es hat Kämpfe gekostet, aber am Schluß haben sich die städtischen

Behörden immer geeinigt. Das wird auch mit der Wohnungsnot geschehen. Sowie eine soziale Frage aufkommt, dann geht die Sozialdemokratie mit Surra darauf los. Wir aber müssen die Frage im Zusammenhang mit den Interessen der anderen prüfen; die anderen sind doch auch noch da. Aber das ist eben bei der Sozialdemokratie der Fehler ihrer ganzen Weltanschauung: sie kennt nur den Arbeiter. Was Hagen denn nur die Sozialdemokraten, daß wir die Nahrungsmitteleberzeugung nicht mehr in die Hand nehmen. Sie haben doch ihre eigenen Mittel angeheilt! Ich will's Ihnen verraten: Sie, meine Herren Sozialdemokraten, suchen nach Mitteln, um die Verwaltung in soziale Hände zu bekommen, darum wollen Sie die städtische Regie. Warum Sie sozialen Vorlagen zustimmen, wissen wir ganz genau. Ueber die Arbeitslosenversicherung und auch wir uns lange unterhalten und wir kamen zu dem Beschluß, sie nicht einzuführen. Es ist ja bekannt: die Städte (siehe diese Sache dem Reich zu, das Reich den Kommunen. Einig ist man sich schließlich darüber geworden: erst muß ein einheitliches System von Arbeitsnachweisen beschafft werden, eher läßt sich das Problem nicht lösen. Man hat, das ist der Standpunkt, den ich seit Jahren vertreten habe mit dem Stadtrat. Ich denke nicht daran, die Arbeitslosenversicherung zu beschleunigen, weder im Reich, noch in den Städten. Sie kann erst in Frage kommen, wenn das Reich die Arbeitsnachweise stellt und kostenlos gefährt ist, dann allerdings bin ich ihr Befürworter. Die Sozialdemokraten reden so viel von der Freiheit der Ueberzeugung, aber wir wollen sie die nicht kongedieren. Ich habe im Herrenhaus unabhängig nach freier Ueberzeugung gestimmt, da ichreien Sie über den Mißbrauch des Mandats. Meine Herren Sozialdemokraten, Sie nennen Freiheit bloß das, was Ihre Parteilicheit will. Wer so frei ist, von dieser Meinung abzuweichen, der fliegt. Wie ich im Landtag stimme, ist Sache meines Gewissens. Darüber hat mich niemand zur Redenshaft zu ziehen. Weil die Stadt einen Sozialdemokraten in den Reichstag schickte, deshalb soll der Oberbürgermeister im Landtag auch so stimmen. Aber ich habe mit Politik nichts zu tun, und wir waren glücklich bisher in unserem Stadtparlament, daß wir hier keine Politik trieben, sondern uns nur mit den kommunalen Dingen beschäftigten.

Auf die sonderbaren Dinge verfallen die Sozialdemokraten, um mir etwas anzuhängen. Da möchte ich einmal eine Anekdote erzählen, die seit 7 Jahren mindestens jehmals das „Vollspat“ seinen Felsen aufgeschickt hat. Es erzählt: Als Breslauer Stadtrat hätte ich

am Grabe Eugen Richters

einen Kranz niedergelegt und wäre im Trauergefolge eingeschritten. Es wäre mir gewiß eine Ehre gewesen, an Eugen Richters Grab einen Kranz niederzulegen, aber ich war in keiner Weise daran beteiligt. Ich weiß nicht, wo Eugen Richter begraben liegt, ich bin seinem Sarge nicht gefolgt. Die Erzählung ist ein Produkt sozialdemokratischer Phantasie. Sie behauptet ja auch, ich habe in Breslau der Demokratie nahe gestanden. Ich erkläre demgegenüber: ich habe mein ganzes Leben nicht die geringste politische Beziehung gehabt, weder zur demokratischen Führung, noch zu anders gearteten Kreisen.

Beim Polizeitrat entpinnt sich erneut eine Debatte.

Herr Str. Hennig: Die Polizei nimmt die Streitigkeiten zwischen Herrschaft und Dienstmädchen nicht ernst genug. Die vorgeschriebene Verhandlung unterbleibt nur zu oft; es wird keine schriftliche Entscheidung gefaßt. Die Polizei soll die Rechte der Dienstmädchen gegen die Herrschaft mit Ernst wahrnehmen. Auch das macht sich der Polizeitrat Vorwurf, daß sie das Zettelversteilen an den Fabrikatoren, wenn einmal zu einer Fabrikverammlung eingeladen werden soll, nicht gestattet, obgleich damit keine Verletzungsfordrung verbunden ist. Ganz verwerflich ist es, daß die Polizei den Maimungszug verboten hat, ja auch den Lampenanzug der Kinder am Abend durch die Nachbarsstraßen des „Vollsparks“ nicht duldet. Die Kavallerievereine hatten die Erlaubnis, durch die Straßen zu ziehen, die Studenten dürfen beim Maimungszug durch die engen Straßen marschieren und auf dem Markt eine Versammlung abhalten. Da soll man mit gleichem Maß messen. Wir sind stets um die Ruhe und Ordnung bemüht und mit Erfolg. In Basel marschiert der Polizeitpräsident an der Spitze des Zuges. Und wie ist es in Halle?

Herr Oberbürgermeister Dr. Rive: Die Tätigkeit unserer Polizei während meiner Amtsdauer wird durch die Tatsache charakterisiert, daß wir im Jahre 1906 bei meinem Amtsantritt noch 12 344 Strafmandate in einem Jahre hatten, im letzten Jahre waren es noch 6000, im laufenden Jahre werden es noch weniger, also eine Abnahme der Strafmandate auf unter die Hälfte. In diesem Jahre schickte einmal der Sozialdemokrat die Stunde, wo sie sich mit der Polizei beschäftigen kann, das ist beim Polizeitrat; aber es ist doch höchst dürftig, was sie da an Kritik anzubringen gewagt hat. Wenn die Dienstmädchen bei ihrem Belästern auf der Polizei nicht zu ihrem Rechte kommen, so werde ich die Sache nachprüfen. Wenn die Polizei das Zettelversteilen an den Fabrikatoren nicht erlaubt, so handle sie nach gesetzlicher Vorschrift. Wenn der Maimungszug verboten ist, so hat der oberste Gerichtshof entschieden, daß die Sozialdemokraten mit ihren Belästern nicht im Rechte sind. Herr Hennig sagt: Wir Sozialdemokraten wachsen. Ob das nun zutrifft, ob man nicht schon das Gegenstück erlebt hat? Die verschiedenen Niederlagen bei den Stadtverordnetenwahlen in zahlreichen Gemeinden bestärken einen in diesem Glauben. Sie, meine Herren Sozialdemo-

Für

Ball-Gesellschafts-Zwecke Bruno Freytag

empfehle neue

Fertige Kleider u. Seidenstoffe.

Anfertigung von Tolletten
in bester u. preiswerter Ausführung.

Wetter- u. Sportberichte.

Wetter- und Sportbericht aus Strammhübel im Niedersächsischen Gau.
Montag, 26. Jan., früh 8 Uhr.
Strammhübel. Höhenlage: 600-843 Mtr. Barometerstand: ...

Waren und Produkte. Leipziger Produktbörse.

(Eigener Drahtbericht). Lokoprolas vom 27. Januar, mittags 1 Uhr. Die Preise verstehen sich in Mark frei Leipzig gegen bar Zahlung.
Weizen per 1000 kg netto inland, 177-184 Bzb., argent. ...

auf Deckungen. Auch am Montanaktienmarkt machte sich im Geldeinstreuen bemerkbar. Amerikanische Bahnen hoben sich auf höhere Londoner Kurse und hiesige Meinungskäufe. Ausserdem stiegen Schantungsbahn nicht unbedeutend, ebenso Prinz Heinrich-Bahn. 3proz. Reichsanleihe gewannen 0,15 Proz. Tägl. Geld 1 Proz. stark ansteigend. Umliegend 3 1/2 Proz. Die Sätze der Seehandlung waren unverändert.

Table with columns for 'Produktbörse', 'Anfangs-Kurse', 'Schluss-Kurse', 'Wetter', 'Regen', 'Halter', 'Mais', 'Rübel', 'Getreide-Erdmarkt-Notierungen', 'Wasserstand der Saale'.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Vogelwälder, Tüllfabrik, Akt.-Ges. in Plauen. In der Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, die für den 17. Februar einzubringenden Generalversammlungen mit reichlichen Abschreibungen (i. V. 218 000 Mk.) (i. V. 6) Proz. Dividende vorzuschlagen.
Dortmund, 27. Jan. Der Betriebsüberschuss der Harpener Bergbau-Akt.-Ges. im vierten Quartal 1913 betrug einschliesslich 'Sieben Planeten' und 'Viktoria-Lüner' bei 74 Arbeitstagen 5 605 000 Mk. gegen 7 222 000 Mk. im Vorquartal und 5 277 600 Mk. im vierten Quartal des Vorjahres bei 75 Arbeitstagen einschliesslich 'Sieben Planeten' und 'Viktoria-Lüner'.

Berliner Börse.

(Eigener Fernsprechdienst) 27. Januar. Die feste Grundstimmung der Börse hält an, zumal auch das Publikum sich lebhafter am Geschäft beteiligt. Für die Festigkeit verweise man auf die anhaltende Flüssigkeit am Geldmarkt, auf die besseren Berichte über die Eisenmarktlage in Amerika und auf den günstigen Abschluss der Hamburg-Amerika-Linie. Namentlich stiegen am Schiffsmarkt Hansaktien erheblich.

Friedmann & Weinstock, Bankhaus, Leipzig, Str. 12.

Kulante Ausstattung aller Börsenaufträge (für das in- u. Ausland. Beste Informationen). Abteilung für Kohlen- und Kalk-Kuxe. Telegramm-Adressen, Friedmann.

Main table of the Berlin Stock Exchange (Berliner Börse) listing various stocks, bonds, and exchange rates.

Schluss-Kurse.

27. Januar 1914. (Schlusskurse 3 Uhr). Tenzend: fest.

Table of closing prices (Schluss-Kurse) for various commodities and stocks.

Leipziger Börse vom 27. Januar

Table of Leipzig Stock Exchange prices (Leipziger Börse) for 27. January.

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S.

Alte Promenade 3, gegenüber dem Stadttheater. Aktienkapital und Reserven 192 Millionen Mark.

